

Jetzt konsequente Klimapolitik im Interesse junger Menschen!

Die JDAV fordert ein klares Handeln der kommenden Bundesregierung für eine wirksame Klimapolitik im Interesse junger Menschen. Diese Ausrichtung der Politik muss im Koalitionsvertrag verankert werden.

Vom 31. Oktober bis zum 12. November 2021 tagt in Glasgow die 26. Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen, auf der die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens weiter vorangetrieben werden soll. Nach den bisherigen nationalen Zielsetzungen zur Reduzierung von Treibhausgasen wird jedoch das 1,5 Grad-Ziel weit verfehlt. Deutschland muss hier seiner internationalen Verantwortung gerecht werden und seine Ziele deutlich verschärfen. Die Folgen des Klimawandels stellen die größte Herausforderung unserer Zeit dar, deshalb muss deren Bekämpfung der wichtigste Punkt der aktuellen Koalitionsverhandlungen sein. Die neue Bundesregierung muss sofort konkrete Maßnahmen beschließen, um das Pariser Abkommen einzuhalten sowie die Risiken und Folgen des menschengemachten Klimawandels zu begrenzen. In der kommenden Regierung muss sich eine Politik etablieren, die den Klimaschutz ins Zentrum aller Entscheidungen stellt.

Wir als JDAV fordern von der kommenden Bundesregierung:

- die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels,
- eine sozial-ökologische Transformation aller Gesellschaftsbereiche im Sinne der „Ziele für nachhaltige Entwicklung“ der Vereinten Nationen,
- eine klimafreundliche und sozialverträgliche Verkehrspolitik,
- eine konsequente Energiewende mit Kohleausstieg bis spätestens 2030,
- die Anerkennung der Folgen des Klimawandels als Fluchtgrund,
- die finanzielle Unterstützung von Jugendverbänden bei ihrem Beitrag zum Klimaschutz.

Beschlossen vom Bundesjugendausschuss am 31.10.2021 in Friedrichshafen.